

Markus Kurth

- (A) Die Systeme sozialer Sicherung müssen proaktiv sein und dürfen nicht nur reagieren. Da gab es von Ihnen, Herr Minister, Andeutungen, die ich begrüßt habe; aber da müssen wir natürlich viel, viel weiter kommen. Wir brauchen eine Arbeitsversicherung, die den Wandel positiv aufgreift, die die Menschen bei Weiterbildung unterstützt und ihnen den Lebensunterhalt sichert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann können wir es schaffen, einen Strukturwandel in eine nachhaltige Zukunft zu erreichen. Diesen grundlegend anderen Blick, den brauchen wir.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner für die Fraktion der CDU/CSU ist der Kollege Stephan Stracke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

- Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona hat immense gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen für dieses Land, und das spiegelt sich natürlich auch im Bundeshaushalt wider. Nach sechs Jahren schwarze Null sind in diesem und im kommenden Jahr immense Summen erforderlich, um die Herausforderungen von Corona zu bewältigen. Deutschland kann diese erhebliche Neuverschuldung schultern, weil wir ein wirtschaftlich starkes Land sind und alles daransetzen, dies auch in Zukunft zu bleiben.

Wir haben in den vergangenen Monaten gemeinsam Großes geleistet. Wir sind als Gesellschaft zusammengerückt, wir haben Rücksicht aufeinander genommen, unser Gesundheitssystem gestärkt und den weltweit größten Schutzschirm für Krankenhäuser, Wirtschaft, Arbeitnehmer und Familien gespannt. Dieser Schutzschirm umfasst insgesamt 1,5 Billionen Euro an Mitteln und Garantien. Damit konnten wir viele der unmittelbaren Folgen der Pandemie abfedern. Wir sind bislang deutlich besser durch die Krise gekommen als viele andere Länder in der Welt. Ich glaube, dafür können wir sehr dankbar sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Kurzarbeit hat sich einmal mehr als stabile Brücke in der Krise bewährt, um Arbeitsplätze zu erhalten. Kurzarbeit ist sicherlich kein Allheilmittel, und wir wissen auch, dass aus Kurzarbeit schnell Arbeitslosigkeit werden kann. Deshalb kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz, und das unterscheidet uns beispielsweise auch von den USA, wo in letzter Zeit ja über 30 Millionen Jobs verloren gegangen sind. Viele Staaten in Europa wären dankbar, wenn sie solch ein klasse Instrument wie die Kurzarbeit hätten und einen so starken Sozialstaat wie in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- Bei uns waren im Mai 6,7 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, im Juli 4,2 Millionen Beschäftigte. Das zeigt: Der Aufholprozess der Wirtschaft hat inzwischen wieder ein bisschen eingesetzt, langsam und verhalten. Die Risiken sind allerdings beträchtlich. Die Entwicklungen der Pandemie lassen sich noch nicht abschätzen, der Brexit steht vor der Tür, und einzelne Branchen müssen uns tatsächlich viel Sorge machen, beispielsweise die Veranstaltungsbranche, die Luft- und Raumfahrtbranche, der Maschinenbau oder die Automobilindustrie; alles wichtige Branchen für Deutschland. Deswegen haben wir das Kurzarbeitergeld bis Ende 2021 verlängert. Das schafft klare Perspektiven für die Unternehmen und gibt Sicherheit für die Beschäftigten.

Wir wollen diese wirtschaftlich große Krise dazu nutzen, um unser Land, um Deutschland besser aufzustellen, wettbewerbsfähiger, nachhaltiger, innovativer zu gestalten. Wir wollen neue Chancen für Deutschland. Dazu bedarf es zum einen einer konsequenten Bekämpfung der Pandemie; da ist viel Eigenverantwortung gefragt sowie klassischer Hausverstand mit Rücksicht und Fürsorge. Aber wir wollen natürlich zum anderen auch die Wirtschaft wieder zum Laufen bringen und die Veränderungsprozesse in der Industrie aktiv begleiten. Da sind Weiterbildung und Qualifizierung richtig und gut. Deswegen haben wir das auch noch einmal gestärkt. Aber noch wichtiger sind neue Ideen und Kreativität für dieses Land. Diese bilden nämlich die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Deswegen wollen wir Wachstum und Wohlstand in diesem Bereich begünstigen.

- Mehr Zutrauen, mehr Vertrauen in die Menschen: Das ist etwas, was Wachstum und Wohlstand der Zukunft ausmacht. Wir wollen mehr möglich machen und nicht immer neue Regulierungen in das Blickfeld nehmen. Wir erleben deshalb bei den Menschen deutlich klarer, dass sie Familie und Beruf stärker verzahnen wollen, als das früher der Fall war. Deshalb wollen wir diese Verzahnung befördern.

Dazu braucht es keine neuen Rechtsansprüche. Ich glaube, da gibt es viel intelligentere Ansätze als neue Bürokratie, nämlich ganz praktische Hilfe. Eine ganz praktische Hilfe ist, festzustellen, dass derjenige, der im Homeoffice ist, höhere Aufwendungen hat als derjenige, der dies nicht ist. Deswegen sagen wir: Wir brauchen eine Homeoffice-Pauschale im Steuerrecht. Das ist der richtige und zielgenaue Ansatz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mehr Zutrauen für die Menschen bedeutet auch mehr Flexibilität in der Arbeitszeit. Wir wollen den Maßstab verändern: weg von dieser einengenden Tagesbetrachtung bei der Arbeitszeit hin zu freiraumgebender Wochenzeitbetrachtung. Das schafft Flexibilität. Das schafft eine wirksame Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist ein moderner Ansatz der Arbeit der Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen gute und fair bezahlte Arbeit. Deswegen haben wir bei der Pflege dafür gesorgt, dass allgemeinverbindlich erklärbare Tarifverträge bessere Bezahlung

Stephan Stracke

(A) ermöglichen. Wir haben die Missstände bei der Paketbranche beseitigt. Wir werden jetzt durch einen starken Ordnungsrahmen im Arbeitsrecht und beim Arbeitsschutz auch bei der Fleischindustrie aufräumen. Dieser Rahmen muss mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden. Dazu bildet das parlamentarische Verfahren einen guten Raum für praxisingerechte Lösungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen neue Chancen für Deutschland. Wir wissen: Das kann nicht der Staat leisten, sondern das können ausschließlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land, die Unternehmer, die Selbstständigen, die Ehrenamtlichen leisten; denn sie verfügen über einen Schatz, über den sonst keiner verfügt. Wenn wir dieses Schatzkästchen aufmachen, dann sehen wir Kreativität, Ideenreichtum und Mut. Daraus wächst der Wohlstand der Zukunft. Dafür arbeiten wir mit Begeisterung, mit heißem Herzen und klarem Verstand.

Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Stephan Stracke. – Ihnen einen schönen, guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen, von mir. – Nächster Redner: für die SPD-Fraktion Michael Groß.

(Beifall bei der SPD)

Michael Groß (SPD):

(B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit diesem Haushalt nehmen wir Geld in die Hand, und zwar 164 Milliarden Euro, um Vertrauen zu schaffen, um den Bürgern und Bürgerinnen zu sagen: Ihr könnt euch darauf verlassen, dass dieser Sozialstaat auch in einer Krise funktioniert. – Und das ist gut so. Deswegen sind wir für die Zukunft auch gut aufgestellt.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Uwe Schummer [CDU/CSU])

Übrigens sind es 14 Milliarden Euro mehr als in der mittelfristigen Finanzplanung. Wer also behauptet, wir stellten nicht mehr Geld zur Verfügung, muss mal in die Haushaltsplanung schauen. Es ist so, dass wir in den vielen Bereichen, in denen es um das Thema „Arbeit und Arbeitsplatzsicherung“ geht, das Geld gut anlegen. Über das Thema Kurzarbeit haben die Kollegin Tack und der Minister selbst schon ausreichend gesprochen.

Ich will auf einen Bereich eingehen, der mir in den letzten Jahren wichtig war und der insbesondere für die Region wichtig ist, aus der ich komme. Das ist der soziale Arbeitsmarkt. Wir nehmen Geld in die Hand, 1 Milliarde Euro, um Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen; ein ganz wichtiges Instrument.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es sind fast 60 000 Menschen – in meiner eigenen Region fast 900 Menschen –, die wir im letzten Jahr in Arbeit gebracht haben. Übrigens beträgt die Abbruchquote weniger als 10 Prozent. Ich kann allen Beratern nur gratulieren und dafür danken, dass diese gute Arbeit ermöglicht wird und wir den Menschen eine Möglichkeit

geben, durch Arbeit sozusagen wieder eine Identität zu bekommen, Vorbild in der Familie zu sein und durch ein eigenes Gehalt eine Perspektive zu haben. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte kurz auch auf ein weiteres wichtiges Instrument, auf ein Angebot an die Städte und Gemeinden eingehen. Wir werden die Städte und Gemeinden inklusive der Grundsicherung um insgesamt 20 Milliarden Euro entlasten. In den Kommunen wird Demokratie gelebt. Hier muss entschieden werden: Wollen wir Geld für Jugendpflege ausgeben, für die Straße oder für die Schule? Es ist absolut wichtig, dass wir es geschafft haben, für die Städte und Gemeinden für Entlastung zu sorgen.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Wir!)

– Ja, wir gemeinsam, das habe ich ja gesagt, die Koalition.

(Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP])

– Ja, Herr Fricke, ich weiß ja: Sie regieren in Düsseldorf. Sie haben sich vehement gegen einen Altschuldenschnitt gewehrt. Wir Sozialdemokraten wollen erreichen, dass wir einen Altschuldenschnitt bekommen

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: In Niedersachsen wollt ihr das nicht!)

und die Kommunen wieder so aufstellen können, dass sie eine Zukunft haben.

(Otto Fricke [FDP]: In Hessen wollt ihr das auch nicht!)

– Ich sage Ihnen nur: Sie haben dafür gesorgt, dass unsere Städte eben nicht handlungsfähig sind. Das ist das Resultat Ihrer Politik. (D)

(Otto Fricke [FDP]: Was?)

Ich möchte jetzt noch mal auf ein Thema eingehen, das mir auch besonders wichtig ist: Es geht – ich habe im letzten Oktober vor einer entsprechenden Firma in meinem Wahlkreis gestanden – um die Situation in der Fleischindustrie. Ich danke Hubertus Heil, dass er hier eindeutige Worte gefunden hat, dass wir in der Fleischindustrie aufräumen müssen,

(Beifall des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

dass es Regeln und Ordnung geben muss. Wir wollen nicht, dass Menschen zwölf Stunden arbeiten müssen und nur für acht Stunden Geld bekommen, dass sie sechs Tage arbeiten müssen und nur für fünf Tage Geld bekommen, dass sie sich eine Matratze teilen müssen, für die sie 200 Euro bezahlen müssen. Das ist ein Skandal, und damit müssen wir aufhören.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Uwe Schummer [CDU/CSU])

Jetzt noch mal zum Thema Rente. Was mich in den letzten Jahren immer gestört hat, ist, dass hier der Generationenvertrag infrage gestellt wird. Sie stellen Alt gegen Jung. Ich kenne in meinem Wahlkreis keine jungen Menschen, die den Generationenvertrag infrage stellen. Aber hier wird immer diskutiert nach dem Motto: Wir können